

# Systemlogik schlägt Parteilogik

## Zur strategischen Lage nach der Bundestagswahl 2017

Ralf Tils/Joachim Raschke

Die Regierungsbildung seit dem Wahltag gestaltete sich schwieriger als je zuvor. Dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen folgte ein steiniger Weg zur Großen Koalition mit mehr (SPD) oder weniger (Union) großen personellen Turbulenzen bei den beteiligten Bündnispartnern. Schuld daran sind nicht – wie von vielen Bürger\*innen und Journalist\*innen implizit oder explizit unterstellt – unfähige Politiker, sondern Entwicklungen des Parteiensystems in Deutschland, die eine Mehrheitsfindung objektiv erschweren. Allerdings waren parteipolitische Akteure an der Herbeiführung dieser Entwicklungen aktiv beteiligt. Sie haben sie in den zurückliegenden Jahren durch eigene Strategien forciert. Die Orientierung an der Parteilogik verdrängte den Blick auf die Systemlogik – nun aber schlägt die vernachlässigte Systemlogik zurück und erschwert das parteipolitische Handeln.

In diesem Beitrag zeigen wir die Widersprüche zwischen System- und Parteilogik, die Probleme der Mehrheitsfindung und mögliche Auswege. Besonderes Augenmerk liegt dabei zum einen auf den beiden Gravitationsparteien Union und SPD, zum anderen auf der die Mehrheitsprobleme verschärfenden Alternative für Deutschland (AfD).

### 1 | Systemlogik vs. Parteilogik

Demokratische Systemlogik heißt: Vermeidung des Aufkommens antidemokratischer Parteien (soweit durch eigenes Handeln beeinflussbar) und Offenhalten des Parteiensystems für die Chance eines Machtwechsels jenseits der

Großen Koalition. Die Große Koalition kann aus demokratischer Systemperspektive nur als eine auf begrenzte Zeit akzeptable Anomalie angesehen werden.

Eine Parteilogik, die nur Stimmenmaximierung bzw. asymmetrische Stimmendemobilisierung will, kann in Widerspruch zur Systemlogik geraten, wenn der egoistische Parteinutzen Systemkollateralschäden erzeugt. Stimmenmaximierung als Prinzip bedeutet situative Beliebighkeitskonkurrenz und Allerweltpartei. Die in Europa gefürchtete catch-all-party ist ein Eigenbeitrag der Parteien zur Auflösung von Milieus. Milieus aber haben die Kraft, Parteien in der Gesellschaft zu verankern. Bei asymmetrischer Stimmendemobilisierung ist es wichtiger, den Gegner klein zu halten, als eigene Wähler\*innen zu gewinnen. Ein Negativ-Ziel hat ein Positiv-Ziel ersetzt.

Eine Reduzierung der Parteilogik auf asymmetrische Stimmendemobilisierung setzt eine destruktive Systemlogik in Gang. Diese Strategie der Merkel-CDU nahm in Kauf, dass die Opposition dauerhaft geschwächt und um die Chance des Machtwechsels gebracht wird (die zum demokratischen System gehört). Ebenso musste sie damit rechnen, dass die Mitte- bis Mitte/Links-Verschiebung den konservativen Flügel der CDU aufgibt – in der Partei und in der Wählerschaft. Inzwischen schlägt die Systemlogik gegen die lange erfolgreiche asymmetrische Demobilisierungsstrategie Merkels zurück, erst als AfD-Erfolg, dann als Nahezu-Unregierbarkeit Deutschlands. Die Bruchlinie zwischen demokratischer Systemlogik und egoistischer Parteilogik wird besonders

Bereitgestellt von | De Gruyter / TCS

Angemeldet

Heruntergeladen am | 02.07.18 11:07

deutlich, wenn der AfD-Erfolg sogar als Chance für die Unbesiegbarkeit der Union gefeiert wird (Jung 2015). Die SPD ist – neben ihren zahlreichen eigenen strategischen Fehlern, die zu ihrem Untergang beigetragen haben – das Opfer von Merkels eindimensionaler Parteilogik, die ohne Berücksichtigung der Systemlogik blieb. Die Sozialdemokratie wurde dauerhaft verkleinert und durch den Erfolg der AfD zur „ewigen“ Großen Koalition gezwungen.

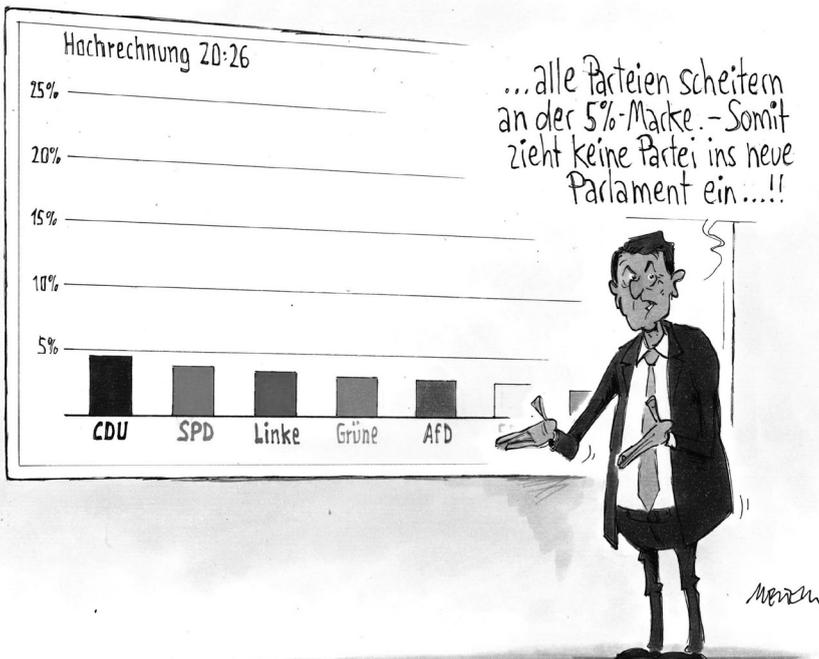
Parteien sind kein Selbstzweck. Sie sind Instrumente der Demokratie. Als sie begannen, das Volk gegen die Fürsten zu organisieren, wollten sie Artikulation und Repräsentation – nicht zuletzt aber auch Teilhabe an der Regierung. Im Interesse der Demokratie dürfen sich Parteien nicht davonstellen, wenn es um die Regierungsfunktion geht. In einem Vielparteiensystem sind solche Versuche größer als im Zweiparteiensystem mit seinem unerbittlichen A oder B. Chance des Machtwechsels,

Vermeidung der Großen Koalition außer in Zeiten großer Krisen sowie die Integration politischer Ränder bedürfen im heterogenen Vielparteiensystem eines demokratischen Bewusstseins, das wir hier mit Systemlogik übersetzen.

## 2 | Hinkende Lager

Regierungswechsel sind im aktuellen Sechs-Parteiensystem durch zwei „hinkende Lager“ erheblich erschwert. Die Lager in Deutschland bestehen jeweils aus einem Gravitationszentrum (einer alten Großpartei), einer gemäßigten sowie einer radikalen Kleinpartei. Das linke Lager umfasst also SPD, Grüne und Linkspartei. Das rechte Lager besteht aus Union, FDP und AfD.

Die drei Zentralmerkmale von Lagern sind: (1.) Parteien im Lager haben eine Grundmenge ähnlicher Werteorientierungen. Sie sehen



Deutschlandtrend: das Ende der Volksparteien

sich (2.) – in Teilen(!) – als „natürliche Koalitionspartner“. Ihre Wähler\*innen wechseln (3.) quantitativ mehr innerhalb des Lagers als zwischen Parteien unterschiedlicher Lager. So ist beispielsweise die Wählerwanderung zwischen SPD und Grünen regelmäßig am größten, während die FDP konstant zu ca. 1/3 von Unionsanhängern gewählt wird (bei der Bundestagswahl 2017 sagten sogar 38 Prozent der FDP-Wähler\*innen, dass ihnen die Union eigentlich besser gefällt, vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2017).

„Hinkend“ sind die Lager, weil sie aus sich heraus momentan keine Mehrheiten hervorbringen können. Das linke Lager schafft weder parlamentarische Mehrheiten noch Koalitionsperspektiven (mit der Linkspartei). Das wertepolitisch rechte Lager sieht sich gar nicht als Lager und ist ebenfalls nur begrenzt koalitionsbereit. Ob Lagerbündnisse zustande kommen, hängt vor allem von der jeweiligen radikalen Kleinpartei ab.

Wenn keine Lagermehrheit möglich ist und keine Große Koalition (als Not- und Sonderfall) sein soll, hängt die Mehrheits- bzw. Regierungsbildung von der jeweiligen gemäßigten Kleinpartei des anderen Lagers ab (Ampel oder Jamaika). „Hinkende“ Lager brauchen also für die Regierungsbildung Hilfe aus dem anderen Lager. Die radikale Kleinpartei verweigert mögliche Bündnisse durch fundamentalistische Blockade. Die gemäßigte Kleinpartei blockiert eine Regierungsbildung durch bornierte Lagerpolitik. So hat die Lindner-FDP, anders als die Grünen, immer dort, wo der Parteichef durchgreifen konnte (z. B. in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen) lagerübergreifende Bündnisse verhindert.

Wir sehen, die komplexen Lagerkonstellationen werden durch spezifische Fehlorientierungen bei Großparteien, gemäßigten oder radikalen Kleinparteien forciert, die ausschließlich ihrer egoistischen Parteilogik folgen und die demokratische Systemlogik aus dem



Blick verlieren. Notwendig ist für jede Partei jedoch eine (in Strategie umgesetzte) komplexe Handlungslogik, die Aspekte von Partei- und Systemlogik miteinander verbindet.

### 3 | Auswege aus der Krise

In der Systemlogik des bundesrepublikanischen Parteiensystems lag es, dass zwei Großparteien die Positionen von Mitte-Rechts und Mitte-Links eingenommen haben. Die CDU ist längste Zeit in der BRD-Geschichte die Partei der strukturellen Mehrheit: Gegen sie konnte keine Regierung gebildet werden. Sie – als die im System überlegene Partei – müsste anfangen, Partei- und Systemlogik wieder in Einklang zu bringen. Das hieße vor allem, die Strategie asymmetrischer Demobilisierung aufzugeben, dem konservativen Flügel in Partei und Wählerschaft wieder Raum zu geben, die AfD überflüssig zu machen (die Unionsparteien sind quantitativ das wichtigste Stimmenreservoir der AfD). Dazu muss sie nicht den eindimensionalen und einfallslosen Anpassungskurs der CSU wählen, der in seinen Erfolgsaussichten fraglich bleibt.

Lager sind wertepolitisch nach wie vor Orientierungsgrößen der Wähler\*innen (und Parteiakteure), aber die beiden verbliebenen Großparteien können machtpolitische Mehrheiten nur in Form von wertepolitischen Mitte-Links-Bündnissen oder Mitte-Rechts-Bündnissen gewinnen. Das heißt: Machtpolitische Perspektiven eröffnen sich Union und SPD nur bei einer wertepolitischen Orientierung im mittleren Feld – nicht im ausschließlich autoritären Feld – wie die ÖVP in Österreich – oder mit einem strammen Linkskurs wie Labour in England. Die anderen Parteien des Lagers decken dann den Rest des wertepolitischen Feldes ab (und manchmal müssen FDP und Grüne Lagergrenzen überspringen).

Das bedeutet aber für SPD und Union nicht, dass sie differenzlos werden müssen (wie in der Schlussphase des letzten Bundestagswahlkampfes), sondern dass sie jeweils ein attraktives Mitte-Rechts-Werteprofil bzw. Mitte-Links-Werteprofil entwickeln müssen.

### 4 | AfD-Erfolg auf tönernen Füßen

Die Systemschwierigkeiten, die der AfD-Erfolg mit sich bringt, werfen die Frage nach der Dauerhaftigkeit ihres Erfolgsmodells auf. Bei der Bundestagswahl 2017 hat die AfD sowohl prozessual als auch inhaltlich profitieren können. Ob das weiterhin gelingt, hängt von den Strategien der anderen Parteien, den künftigen Themenprioritäten der Bürger\*innen, vor allem aber von drei Faktoren innerhalb der AfD ab: der Weiterentwicklung ihrer inneren Spaltung zwischen bürgerlich-konservativen und rechts-extremen Kräften, des künftigen Umgangs mit der parteiinternen Links-Rechts-Spaltung in der sozialen Frage und dem Gesundheitszustand des heimlichen Chefs und wichtigsten Gesamtintegrators Alexander Gauland.

Prozessual war die AfD bei der Bundestagswahl nur deshalb so stark, weil das Rennen zwischen Kanzlerin und Kanzlerkandidat allerspätestens seit dem TV-Duell gelaufen war. In dieser Frage war die Wahl für Angela Merkel entschieden, bevor sie überhaupt stattgefunden hatte. Nachdem die Kanzlerentscheidung in ihrem Sinne gefallen war, empfanden viele Wähler\*innen eine neue Freiheit, mit ihrer Stimmabgabe endlich einmal Dinge zum Ausdruck zu bringen, die sie schon immer mal hatten sagen wollen. Das hatte den demoskopischen Absturz der beiden Großparteien und den Aufschwung der Kleinparteien zur Folge. Besonders die AfD ist so von ihrem 8-Prozent-Niveau des Sommers auf 12,6 Prozent Stimmenanteile gestiegen. Die „gefühlte“ Freiheit der Wähler\*innen ist auch demoskopisch gemessen worden: 67 Prozent der AfD-Anhänger stimmten der Aussage zu, dass man auch einmal eine andere Partei als sonst wählen könne, weil ohnehin schon klar sei, wer die Bundestagswahl gewinne (Forschungsgruppe Wahlen 2017).

Inhaltlicher Erfolgsfaktor der AfD bei der Bundestagswahl war eine doppelte Werte-Strategie. Am wichtigsten war die klare Positionierung am geschlossen-autoritären Pol der kulturellen Werteachse (am anderen Ende liegt der Wertepol von Offenheit und



Selbstbestimmung). Wirksamstes Einzelthema blieb die Abschottung gegenüber Flüchtlingen. Dazu gesellte sich ein Kranz traditioneller kultureller Themen von Sexualmoral, Leitkultur bis zu Islamfeindschaft. Damit war jeder mit der kulturellen Modernisierung Unzufriedene ansprechbar.

Der AfD ist es aber auch gelungen, auf der materiellen Links-Rechts-Achse (sozial gerecht vs. marktliberal) zu reüssieren. Das war komplizierter. Ihr Hauptmittel hier war die Instrumentalisierung einer kulturell aufgeladenen „ethnischen Ungerechtigkeit“ für die Mobilisierung sozialer Unzufriedenheit entlang der Gerechtigkeitsachse. Das schlichte Motto: Wenn es die Fremden nicht gäbe, hätte ich eine Wohnung, eine Bushaltestelle, mehr Rente. Das mobilisierte Wähler\*innen von linken Parteien aus dem unteren und mittleren Sozialbereich,

ohne linke Positionen einnehmen zu müssen. Denn ausweislich ihres Grundsatzprogramms und den Stimmen wichtiger ihrer Repräsentant\*innen (z.B. Beatrix von Storch, Alice Weidel) ist die AfD auf der Marktachse neoliberal positioniert. Das hatte eine komplexe Wähler\*innenkoalition bei sich eigentlich widersprechenden programmatischen Grundpositionen zur Folge.

Wir sehen, dass ein relevantes Stimmempotential für die AfD existiert. Das heißt aber nicht, dass die strategischen Erfolgsfaktoren längerfristig für die Partei sprechen. Der Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl ruht auf sandigem Grund. Das gilt in prozessualer Perspektive und bei den inhaltlichen Wahlmotiven, die hohe Anforderungen an das künftige Komplexitätsmanagement der Parteiführung bereithalten. Ob der AfD das gelingt, ist

angesichts ihrer inneren Zerrissenheit zwischen Rechtsextremismus und konservativer Bürgerlichkeit, ihrer Spaltung in der sozialen Frage und ihrer Abhängigkeit von Themenkonjunkturen mehr als fraglich. Vor allem ohne ein strategisches Zentrum, wie es bisher der Gesamtintegrator Alexander Gauland bildet, könnte das komplizierte Kartenhaus der AfD jederzeit wieder zusammenbrechen.

## 5 | Schluss

Angesichts schwieriger Rahmenbedingungen (Globalisierung, Digitalisierung, soziale Unsicherheiten und Ängste etc.) sowie begrenzter Strategiefähigkeit im Grunde aller Parteien ist offen, ob das Parteiensystem wieder zu einer demokratischen Systemlogik zurückfindet. Prinzipiell bestehen dafür – unter Ausschluss der Großen Koalition – zwei Möglichkeiten: Lagermehrheiten oder lagerübergreifende Mehrheiten.

Setzen sich die Entwicklungen der letzten Bundestagswahl fort, könnte eine satte Mehrheit für ein nach rechts verschobenes „bürgerliches“ Lager entstehen, mit Anpassungsdruck für eine koalitionsbereite AfD – eine Forderung, die kontinuierlich vom Berliner AfD-Strategen Georg Pazderski erhoben wird – sowie sich koalitionspolitisch neu orientierender Union und FDP. Denkbar ist auch ein Erwachen des linken Lagers, wenn der SPD genügend Spielraum für eine Mitte-Links-Strategie eingeräumt wird, die für eine Mehrheit dieses Lagers ebenso notwendig wäre wie eine Aufgabe des Obstruktionskurses der Fundamentalisten in der Linkspartei.

Bei lagerübergreifenden Mehrheitsvarianten kämen neue Herausforderungen auf die jeweiligen moderaten Kleinparteien (FDP und Grüne) zu. Simple Obstruktionspolitik, wie bislang von der Lindner-FDP vorgeführt,

wird solchen Möglichkeiten nicht gerecht. Verantwortungsfucht ist keine Lösung dieses Strategieproblems. Erschwert werden Lagersprünge den moderaten Kleinparteien allerdings, wenn die SPD einen einfachen Linksschwenk vollzieht oder die Union bloß einen unterkomplexen Anpassungskurs an die AfD zur Rückgewinnung ihrer konservativen Anhängerschaft einschlägt.

Alle Parteien sind für die demokratische Mehrheitsfindung in Zukunft aufgefordert, über das Auseinanderklaffen von Partei- und Systemlogik konstruktiv nachzudenken und ihren Beitrag zur Lösung der damit verbundenen Probleme zu leisten.

*Prof. Dr. Ralf Tils* lehrt als außerplanmäßiger Professor an den Universitäten Bremen und Lüneburg. Seine Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Regierungs- und Verwaltungsforschung sowie Strategieanalyse. Beide gelten als Begründer der politischen Strategieanalyse. In der Agentur für Politische Strategie (APOS) haben sie ihre Kompetenzen gebündelt und bieten strategische Beratungs- und Trainingsleistungen an. Kontakt: tils@politischestrategie.de

*Prof. Dr. Joachim Raschke* lehrte als Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Er ist ein renommierter Parteien- und Strategieforscher. Kontakt: raschke@politischestrategie.de

## Literatur

*Forschungsgruppe Wahlen* 2017: Vorwählerhebung zur Bundestagswahl 2017. Mannheim.

*Jung, Matthias* 2015: Die AfD als Chance für die Union, *Politische Studien* 460, Vol. 66 (März/April 2015), Hanns Seidel Stiftung: 47-57.